

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister, Damen und Herren Stadträte und Stadtverordnete, werte Zuhörer.

Zunächst freuen wir uns im Nachtragshaushalt zu sehen, dass viele Anträge, die die FWG-Fraktion in der Vergangenheit eingebracht hat, und die von der Koalition aus SPD und CDU abgelehnt wurden, nunmehr umgesetzt worden sind bzw. werden sollen. Dafür sind wir gerne bereit, Mittel bereitzustellen.

Dies sind z.B.:

Haushaltsstelle 54103: Instandhaltung Brücken.

Hier hatte die FWG zum Haushalt 2010 einen erhöhten Ansatz von 8.000 Euro gefordert, dies wurde im Parlament abgelehnt. Nunmehr werden 7.200 Euro bewilligt. So weit so gut, für uns jedoch unverständlich, dass das Ergebnis des aus diesen Mitteln finanzierten Gutachtens nach vielen Monaten noch immer nicht vorliegt.

Haushaltsstelle 42401: Sporthallen-Foyer

Im Ergebnishaushalt abgeplant, da die von der Verwaltung vorgesehene Maßnahme Erweiterung Toiletten nicht umgesetzt wurde. Dahingegen wurde die von der FWG-Fraktion beantragte und im Parlament abgelehnte Maßnahme Küchenerneuerung im Foyer durchgeführt, entsprechende Mittel sind im Nachtrag eingestellt.

Haushaltsstelle 51101: Ortsplanung

Hier sind 30.000 Euro eingestellt für ein Innenstadt-Entwicklungskonzept. Ich erinnere hier daran, dass die FWG schon im Januar 2009 gefordert hatte, ein Budget in gleicher Höhe für eben diesen Zweck im Haushalt 2009 zur Verfügung zu stellen. Auch dies wurde von CDU und SPD abgelehnt. Die Stadt hat hier wertvolle Zeit für eines der wichtigsten Projekte Groß-Bieberaus verloren.

Haushaltsstelle 53501: Breitbandversorgung

Neu eingestellt 85.000 Euro

Auch hier wollte die FWG-Fraktion schon im Haushalt 2009 85.000 Euro bereit stellen, diese Summe wurde von der Koalition auf 40.000 Euro reduziert.

Wir hätten uns gewünscht, auch für die Sanierung des Ehrenmals eine deutlich höhere Summe in den Haushalt einzustellen, ist uns allen doch bewusst, dass hier schon bald erhebliche finanzielle Belastungen – erste Schätzungen sprechen von 250.000 Euro – auf die Stadt zukommen werden.

Auch dies wurde in der HH-Beratung abgelehnt mit der Begründung, ohne vorliegendes Angebot dürfe keine Haushaltsbudgetierung erfolgen

Dies leitet über zur den Bedenken der FWG betreffend den heute vorliegenden Nachtragshaushalt.

Uns geht es vor allem um die

Haushaltsstelle 51101 Regionalplanung,
und zwar um die Machbarkeitsstudie Wersauer Weg.

Hier sind ohne jegliche Angebote oder ähnliche Grundlagen pauschal 50.000 Euro eingestellt. Wir fragen uns schon, weshalb das hier auf Antrag der Verwaltung möglich ist, während FWG-Anträge auf pauschale Etatisierung aus eben diesem Grund abgelehnt werden.

Wie schon in den Vorwochen mitgeteilt, befürworten wir eine solche Untersuchung. Jedoch wollen wir zum einen genau wissen, was uns diese kostet, zum anderen sehen wir hier die OHI deutlich in der Pflicht, sich zu einem erheblichen Anteil an den Kosten dieser Prüfung zu beteiligen, da wir von der FWG die Erfolgsaussichten einer solchen Untersuchung und im positiven Fall die Realisierung vor allem wegen der Kosten (wir erwarten diese im siebenstelligen Bereich) als äußerst vage sehen. Daher tun wir uns schwer, 50.000 Euro (eine Menge Geld) auf Basis solch unsicherer Aussichten auszugeben. Wir setzen daher zunächst auf kurz- bis mittelfristige Lösungen, wie die beiden noch folgenden heutigen Anträge zeigen.

Daher beantragen wir für diese HH-Stelle eine Ausgabensperre solange, bis die anfallenden Kosten und die Beteiligung der OHI geklärt ist.

Zweiter „Knackpunkt“ ist die HH-Stelle 11103, Rathausumbau. Die FWG hat sich von Anfang der Diskussionen an gegen eine solch einschneidende Maßnahme ausgesprochen und hat schon in der Haushaltsberatung eine Bereitstellung entsprechender Mittel abgelehnt. Die von der FWG beantragte Vorstellung des Planungsstandes im Ausschuss LUBV im November war, wie sich herausstellte, mehr als notwendig. Das präsentierte Konzept geht völlig an den Erfordernissen einer Kleinstadt wie Groß-Bieberau vorbei, die geplante „Ansprechbar“ braucht kein Mensch. Eine verbesserte Barrierefreiheit im Rathaus lässt sich nach unserer Auffassung mit weit weniger finanziellem Aufwand realisieren.

Wir von der FWG erinnern daran, dass die Stadt vor einiger Zeit das Anwesen Rieß erworben hat. Wir würden erwarten, dass hier endlich ein Nutzungskonzept vorgelegt wird und Mittel bereit gestellt werden.

Daher begrüßen wir die heute vorgelegte neue Planung, folgt sie doch voll und ganz den Anträgen der FWG-Fraktion aus dem Frühjahr.

Allerdings würden uns natürlich die wahren Gründe interessieren, die den Bürgermeister zu dieser Veränderung der Vorlage veranlasst haben. Denn z.B. eine Verschiebung der Maßnahme ins Jahr 2011 erfordert dennoch nach unserer Auffassung eine Bereitstellung entsprechender überplanmäßiger Mittel.

Schon jetzt weisen wir darauf hin, dass wir auch im kommenden Jahr jegliche Aufstockung finanzieller Mittel für dieses Vorhaben ablehnen werden..

Als Konsequenz aus meinen Ausführungen wird die FWG-Fraktion dem Nachtragshaushalt unter der Bedingung eines Sperrvermerkes in der HH-Stelle 51101.67793100 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Veröffentlichung nur mit Quellenangabe